



Deine Stimme für Veränderung!



gestalten – einmischen – widersprechen!

Bildung und Erziehung für alle

Bildung und Erziehung sind eine öffentliche, gesellschaftliche Aufgabe, denn alle Kinder und Jugendlichen haben das gleiche Recht auf Bildung und umfassende Förderung. Die UN-Konvention zur Inklusion muss umgesetzt werden.

Dazu genügt es nicht, den in Bayern noch bis heute kaum ernst genommenen Begriff Integration zu ersetzen.

Das Kultusministerium übertüncht mit Modellversuchen wie flexible Grundschule oder Modus 21 hausgemachte Probleme.

Ein zersplittertes Schulwesen wird weiter unterteilt und immer undurchsichtiger.

Die GEW fordert deshalb: Eine Schule für alle – bis zum Ende der Pflichtschulzeit.

Mitbestimmung und Gestaltungsspielräume für Beschäftigte

Das Konzept einer Schule für alle kann nur durch Einbeziehung der Beschäftigten gelingen.

Seit vielen Jahren praktizieren wir alternative Lehr- und Lernformen, weil wir wissen, dass jedes Kind seinen eigenen Bildungszugang finden muss. Das Kultusministerium propagiert die individuelle Förderung aller Kinder und Jugendlichen, ist aber nicht bereit, dafür ausreichend Geld, Zeit und genügend Personal zur Verfügung stellen.

Die GEW fordert deshalb die Ausweitung pädagogischer Freiräume, flexibel handhabbare Lehrpläne, kleinere Klassen, mehr pädagogische Fachkräfte, bessere Fortbildungsmöglichkeiten, Supervisionsangebote und Schulsozialarbeit an allen Schulen.

Kollegialität und Gesundheit am Arbeitsplatz

Gegenseitige Hilfe und Erfahrungsaustausch sind wichtige Grundlagen für die Arbeit jeder Lehrkraft. Dem stehen insbesondere die absurde Regelbeurteilung, die es so nur in Bayern gibt, und die hierarchische Struktur der Dienststellen entgegen, die durch die Einführung einer zweiten Führungsebene noch verstärkt wird.

Die Arbeitszeitverlängerung, die Zuweisung immer neuer Aufgaben, fehlendes Personal, die Kürzung von Anrechnungstunden und schlechtere Bedingungen für die Altersteilzeit machen den Schulalltag immer schwieriger und führen oft zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen.

Die GEW fordert deshalb die Anwendung des Arbeitsschutzgesetzes auch an Schulen, Arbeitszeitregelungen, die die Gesundheit erhalten, systematische Supervision und die Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit. Erster Schritt: Rücknahme der Rente/Pension mit 67 sowie Reduzierung der Wochenstundenzahl.

Weg mit der dienstlichen Regelbeurteilung! – Beurteilung nur noch auf eigenen Antrag!



**Deshalb:
Deine Stimme für die Kolleginnen
und Kollegen der Gewerkschaften
GEW und verdi.
Deine Stimme für Veränderung!**



Verantwortlich:
Joachim Peter Graf, GEW München,
Schwanthalerstr. 64, 80336 München



Dafür setzen wir uns ein!

FÜR Anlassbeurteilung und echte Beratung und Unterstützung

GEGEN dienstliche Zwangsbeurteilung und Beurteilungsquote

»Und wirst du geliebt, so erhältst du eine gute Beurteilungsnote«. Getreu diesem Motto wurde zahlreichen KollegInnen vor Augen geführt, dass ihr täglicher Einsatz nur Durchschnitt ist. Legitimiert durch die Orientierungshilfe des OB wurde durch die Hintertür eine Quote eingeführt. Auf dieses angeblich »objektive« Verfahren gibt es nur eine Antwort: Änderung der Beurteilungsrichtlinien, Abschaffung der Quote und des Clearingverfahrens. Die dienstliche Beurteilung muss durch echte Beratung und Unterstützung ersetzt werden.

FÜR eine rundum gesunde Schule

GEGEN Arbeitsverdichtung und Überlastung

Der Gesundheitsschutz der KollegInnen am Arbeitsplatz ist Grundlage für eine menschenwürdige Arbeitswelt. Mit der Dienstvereinbarung zum betrieblichen Gesundheitsmanagement wurden erstmals strukturierte Prozesse festgeschrieben, die nun mit Leben gefüllt werden müssen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Thema Gesundheit am Arbeitsplatz – sei es in der Schule, im Tagesheim, in der Kindertagesstätte, im Hort – referatsweit umgesetzt wird.

FÜR pädagogische Unterrichtsentwicklung

GEGEN ständigen Schul-TÜV

Gesellschaftliche Veränderungen und deren Auswirkungen auf die Kinder und Jugendlichen zählen zu unserem täglichen Geschäft als PädagogInnen. Nicht Schritt gehalten hat aus unserer Sicht die offensive pädagogische Auseinandersetzung mit diesen Entwicklungen. Stattdessen werden mit großem Aufwand formalisierte Verfahren entwickelt (z. B. QSE, MPE, Vera-Test). Die pädagogische Entwicklung vor Ort tritt auf der Stelle. Wir setzen uns für eine zukunftsorientierte pädagogische Schul- und Unterrichtsentwicklung ein.

FÜR eine Lohn- und Gehaltserhöhung für alle

GEGEN Prämien für einige

Zunächst wurde allen Beschäftigten das Einkommen gekürzt: den BeamtInnen bereits im Jahr 1998, den Angestellten mit Inkrafttreten des TVöD 2005. Dann wird diese Kürzung als Prämie, LoB genannt, an einige ausgeschüttet, in der Regel nach dem Motto: Wer (viel) hat, dem wird (viel) gegeben. Wir sind keine Esel, denen ein Büschel Heu vor die Nase gehalten werden muss, damit sie laufen können. Statt LoB brauchen wir Lieber eine **ordentliche Bezahlung**.

FÜR ein gleichberechtigtes und solidarisches Miteinander

GEGEN Unterrichtseinsatz nach Gutsherrenart

Der Unterrichtseinsatz bestimmt maßgeblich die Arbeitszufriedenheit. Hier sind die örtlichen Personalvertretungen und der Referatspersonalrat ständig gefordert. Gleichbehandlung ist gesetzliche Vorgabe. Bevorzugung von Schulleitungsmitgliedern und »Erbhofinhabern« lehnen wir ebenso ab wie die Benachteiligung von Teilzeitbeschäftigten und KollegInnen mit Kindern. Die Vergabe von Anrechnungstunden ist nicht »Chef«-Sache (siehe Münchner Lehrerinnen- und Lehrerdienstordnung). Wir setzen auf eine Kultur der Mitsprache durch die Lehrerkonferenz und den Personalrat. Entsprechende Dienstvereinbarungen sind dabei nützlich und verhindern einseitiges Handeln durch die Dienststellenleitung.

FÜR den Ausgleich von Mehrarbeit durch Einstellung neuer Lehrerinnen und Lehrer

GEGEN Arbeitszeitverlängerung durch Mehrarbeit und Präsenzen

Drei Unterrichtsstunden pro Monat muss jede Lehrkraft ohne Freizeit- oder finanziellen Ausgleich leisten. Damit spart sich der Dienstherr einige hundert Lehrkräfte.

Hält man/frau vier und mehr zusätzliche Unterrichtsstunden, so sind diese eigentlich in Freizeit auszugleichen. Ein Freizeitausgleich findet an Berufs- und Realschulen praktisch nicht statt. Stattdessen wird eine Mehrarbeitsvergütung bezahlt, die nicht einmal die Hälfte der Vergütung für eine »normale« Unterrichtsstunde bedeutet. Auch hier wird seit Jahren auf unsere Kosten eingespart. Ganz perfide sind die sogenannten Präsenzstunden an Realschulen und Gymnasien. Lehrkräften wird für unterrichtsfreie Stunden eine Präsenz angeordnet, damit sie als Springer zur Verfügung stehen. Wird aus der Präsenz eine Unterrichtsvertretung, so weigert sich das Referat, diese als Mehrarbeit anzuerkennen. Da es keine festgelegte Höchstgrenze gibt, wird dieses System »Personalmangelausgleich über die Präsenzen« schrittweise zur Gewohnheit ausgebaut. Bis zu fünf Präsenzstunden wöchentlich sind an der Tagesordnung. So wird der Mangel an Lehrkräften systematisch durch eine Erhöhung unseres Unterrichtsdeputats zum Billig- bis Nulltarif verwaltet.

FÜR gleichen Lohn bei gleicher Arbeit

GEGEN die Diskriminierung von angestellten Lehr- und Verwaltungskräften

Angestellte Lehrkräfte, KollegInnen in der Verwaltung und der technischen Hausverwaltung werden gegenüber den beamteten KollegInnen vielfach benachteiligt.

Sie werden oftmals um eine bis zwei Gehaltsgruppen niedriger eingewertet. Ein Regelaufstieg findet nicht statt. Vorzeiten aus einer entsprechenden anderen Tätigkeit werden kaum berücksichtigt. Dies alles bedeutet bis zu 30% weniger Nettoeinkommen. Auch die Ruhegehälter liegen deutlich unter denen der BeamtInnen. Hier hat die Stadt als öffentlicher Arbeitgeber einen großen Spielraum nach oben!

FÜR die Eingruppierung der Sekretariatsbeschäftigten als Fachkräfte

GEGEN Minilöhne in den Sekretariaten

Die tarifbeschäftigten KollegInnen in den Sekretariaten werden seit Jahren als »Schreibkräfte« eingruppiert. Sie leisten aber viel mehr, wie wir alle wissen. Wir setzen uns für eine finanzielle Anerkennung der Arbeit in den Sekretariaten ein. Sie müssen als Fachkräfte mindestens in die Gehaltsgruppe E5 bis E8 eingruppiert werden.

FÜR ganztägige Betreuungskonzepte, die ausreichend finanziert und von den Beschäftigten akzeptiert werden

GEGEN eine Ganztageschule auf Kosten der PädagogInnen und der SchülerInnen

Die Errichtung von Ganztageschulen wird leider häufig folgendermaßen »gestaltet«: Durch einsamen Beschluss der Schulleitung bzw. der Fachabteilung wird die entsprechende Schule zur Ganztageschule umbenannt. Notwendige Organisationskräfte werden nicht eingestellt. Die zusätzliche Arbeit wird von den Lehrkräften in ihrer »freien« Zeit erledigt. Es fehlen schon in den herkömmlichen Schulen professionelle Lehrerbearbeitungsplätze. Zusätzliche Arbeits- und Sozialräume sowie Mensen finden in den vorhandenen Schulen keinen Platz. Die Gestaltung der Stundenpläne verschlechtert sich deutlich. Das Ganze geschieht unter dem Diktat eines rigorosen Sparbeschlusses des Stadtrats in Millionenhöhe. Das lehnen wir ab.

Die Einführung von Ganztageschulen muss von allen Beteiligten akzeptiert und durch die LehrerInnenkonferenz beschlossen werden. Bei ihrer Gestaltung ist der Personalrat einzubeziehen. Bei der Einrichtung von Ganztageschulen müssen die personellen Voraussetzungen ebenso stimmen wie die räumliche Ausstattung. Ein tragfähiges pädagogisches Konzept muss erarbeitet sein.



Gewerkschaft
Erziehung und
Wissenschaft



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft